

Auf mein Schreiben an die Kreisleitung in Schmölln erhielt ich persönlich überhaupt keinen Bescheid. Die Kreisleitung Schmölln hat aber einige Wochen nach meinem Vorschlag in Untschen solch einen Vortrag halten lassen. Bürgermeister und Ortsleitung hatten durch Aushänge und Presse auf diesen wichtigen Vortrag hingewiesen, und die Teilnahme war gut.

Die Kreisleitung Schmölln hatte für diesen Vortragsabend, welcher der erste seiner Art im Kreis Schmölln war, drei gute Referenten gewonnen. Der erste Referent gab eine politische Einleitung, in der er die politische Notwendigkeit dieses Erzbergbaues hervorhob. Der zweite Referent, ein Lehrer der Oberschule, sprach nun in leichtverständlicher Form über die Entstehung und Zusammensetzung des Erdinneren. Der dritte Referent leitete nun über zu dem eigentlichen Hauptreferat über Atomforschung — Atomenergie

— Kettenreaktionen usw. Er brachte dieses in so verständlicher Form, daß alle Anwesenden ohne weiteres den Ausführungen folgen konnten. Der Referent schilderte die für alle Menschen fruchtbringende friedliche Ausnutzung der Atomenergie, aber auch die zerstörende Wirkung, wenn sie für Zerstörungszwecke angewandt wird.

Dieser Vortrag endete mit dem Erfolg, daß alle Anwesenden über vieles aufgeklärt wurden, in die Perspektiven moderner Technik, Wissenschaft und Medizin eingeführt wurden und dies auch weiter in anderen Kreisen ihrer Bekannten diskutieren. Die Referenten gehörten der „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ an.

Mögen nun in allen Landgemeinden diese Vorträge zu einem vollen Erfolg werden.

Wo klemmt hier etwas im Staatsapparat?

Alle Parteileitungen in den Organen der Staatsmacht waren sicher genauso erfreut wie wir, als der Artikel der Genossin Gerda Köppen im „Neuen Weg“ Nr. 16/55 über die Veränderung der staatspolitischen Schulung erschien. In vielen Parteigruppen der Abteilungen im Rat des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain ging man sogleich daran, Pläne zu schmieden, wie die Schulung unter den neuen Gesichtspunkten durchgeführt werden könne. Eine Reihe guter Vorschläge wurde besonders von den Genossen der Abt. örtliche Industrie ausgearbeitet. Die Parteileitung war sich darüber klar, daß man alle Kraft einsetzen muß, um die guten Anregungen, die der Artikel im „Neuen Weg“ gab, zur lebendigen Wirklichkeit werden zu lassen. Wir wissen, daß viele Schwächen und bürokratische Hemmnisse im Staatsapparat darauf zurückzuführen sind, daß die Kollegen noch nicht so tief in ihr Aufgabengebiet eingedrungen sind, wie es für die Leitung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates erforderlich ist.

Vor uns allen erhob sich die Frage: Wann geht es los, wann können wir den Startschuß geben?

Die Antworten der zuständigen Staatsfunktionäre waren recht unterschiedlich. Die für Schulung verantwortlichen Genossen des Magistrats von Groß-Berlin meinten anfangs, wir beginnen das neue Studienjahr am 1. Oktober gleich nach der neuen Methode. Die Genossen „eine Stufe höher“ meinten, vor dem 1. Dezember würde es nichts werden, weil die „Zuständigkeit“ in den Fachministerien noch nicht geklärt sei. Offensichtlich ist sie jetzt immer noch nicht geklärt. Denn auf weitere Anfragen bekamen wir nun, nachdem der 1. Dezember bereits vorüber ist, die Antwort, daß es wahrscheinlich mit dem Beginn des Jahres 1956 endgültig losgehe.

Auf der 25. Plenartagung des ZK wurde erneut die Forderung nach politischer und fachlicher Qualifizierung der Mitarbeiter des Staatsapparats erhoben. Man kann in dem gleichen Dokument nachlesen, daß das ZK feststellt: Die Direktive des 24. Plenums über die Festigung des demokratischen Staatsapparats wurde schlecht durchgeführt.

Wollen etwa die Genossen im Staatsapparat, die für die Organisierung der